

Dep. 103 VII Nr. 6

Schele an Ernst August vom 22.10.1836

– Übersetzung des französischen Originals –

Seite 51 r

Euer Gnaden,

ich beeile mich, auf das Schreiben Ihrer Königlichen Hoheit vom 19. (des Monats, AdÜ) zu antworten, das ich die Ehre hatte, gestern erhalten zu dürfen. Mein Schreiben vom 18. (des Monats, AdÜ) wird zum Teil schon auf die seitens Ihrer Königlichen Hoheit gemachten Anmerkungen zur ersten Kammer Antwort gegeben haben. Ich habe aber diese Aufstellung zu vervollständigen und sehr detailliert die ernste Lage darzustellen, in der wir uns nicht nur hier, sondern ganz allgemein in Deutschland befinden; so darf ich in aller Demut um Ihre Nachsicht

und Ihr Wohlwollen bitten, wenn ich klar spreche, denn ich kenne die Güte Ihrer Person und die Größe Ihres Geistes, um vorab bereits sicher zu sein, dass Ihre Königliche Hoheit meine Absichten, die mich zu diesem Schreiben veranlassen, nicht missverstehen werden. Ich hatte die Ehre, in meinem Schreiben vom 18. anmerken zu dürfen, dass für den Fall, dass ein Teil des Adels aufgrund der derzeitigen Situation wankelmütig würde, er unverzüglich wieder unter anderen Voraussetzungen und Perspektiven seinen eigenen Interessen und seinen natürlichen Empfindungen nachgeben würde. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Im Augenblick handelt es sich aber darum, in Erfahrung zu bringen, wie es im Augenblick um ihn bestellt ist und wie er sich in der Zukunft unter dem Einfluss der derzeitigen Umstände verhalten wird. Ohne Zweifel liegen für den Adel starke Beweggründe vor, niemals von dem vorgegebenen Weg (*ligne de conduite*, AdÜ) abzuweichen, ein Weg, der von Ehrenhaftigkeit und dauerhaften Visionen geprägt ist. Ich habe nichts,

Euer Gnaden, unterlassen, um diese Haltung innerhalb des Adels aufrecht- und, seit 1814, wachsen zu lassen. Meine leidenschaftlichsten politischen Gegner werden mir diesbezüglich zustimmen. Ich habe nicht nur immer in diesem Sinne meine Stimme abgegeben, sondern habe auch das Ministerium ohne Nachsicht mit der härtesten Wahrheit konfrontiert; ich habe ihnen (gem. dem Ministerium, AdÜ) öffentlich vorgeworfen, ungerechte Gesetzentwürfe vorzulegen, ihnen gesagt, dass sie eine Revolution mit der (unleserlich) in einigen Gesetzen entfachen würden und sie nicht mehr die wichtigsten Grundlagen eines jeden Staates achten würden. Die gleichen Vorwürfe wurden schriftlich über einen der besten Rechtsberater der Adelpartei in Osnabrück (le Syndic de la noblesse, AdÜ) gegen das Ministerium erhoben. Ich habe insbesondere die Edelleute darauf hingewiesen, dass sie die ererbte Ehre ihrer Vorfahren vernachlässigen und ihre eigenen Interessen vergessen würden,

wenn sie sich verführen ließen von einem armseligen, kleinen, nicht einmal reellen Vorteil, der ihnen für den Moment gewährt wird. Ich bin aber auch auf Personen mit Charakter gestoßen, und wir haben gemeinsam einige Gesetze (gem. Gesetzentwürfe, AdÜ) geändert, aber ich kann nicht sagen, dass ich damit immer zufrieden war. Die, die mich am meisten unterstützt haben, waren in der Regel die am wenigsten wohlhabenden Adeligen, von Bremen und Lunebourg beispielsweise, die (unleserlich) einen unabhängigen Kopf haben. Die Calenbergeois und die Reichen, also der Hofadel, sind in Ordnung, wenn das Regierungssystem in Ordnung ist, da sie immer mit ihm konform gehen; wenn es aber darum geht, einem Ministerium Widerstand zu leisten, kann man selten auf sie zählen, höchstens in einer extremen Situation, in der ihre Wut ausreichend groß ist und mit ihnen durchgeht oder wenn es um ihre Jagdrechte geht. Eine der Ursachen für dieses wirklich nicht ziemliche Verhalten dieser Nachfolger unserer Rittergüter,

was ihnen nicht einmal die Achtung derer zuträgt, vor denen sie sich eigentlich brüsten wollen, ist ihre extreme Ignoranz in geschäftlichen Dingen (des affaires, AdÜ), was auf nicht wenige von ihnen zutrifft. Diesen Teil des reichen und ignoranten Adels gibt es leider überall. Es sind aber genau die, die uns mit den (ihnen zur Verfügung stehenden, AdÜ) Mitteln einer honorigen und würdigen Unabhängigkeit nützlich sein könnten. Unsere jungen Adelsleute, die im Militär oder am Hofe dienen, mögen sich nicht davon überzeugen lassen, dass es für einen Edelmann, der eines Tages Hof und Gut erben und Vertreter seines Standes sein wird, nicht ausreicht, nur Kenntnisse in seinem eigenen Metier zu haben, sondern dass ihm, will er in der heutigen Zeit bestehen, Gesetze und die Angelegenheiten der Öffentlichkeit zumindest nicht ganz fremd sein dürfen. Aber neben diesem Tatbestand, der einer Haltung wie ich sie der ersten Kammer wünschte, im Wege steht, gibt es noch weitere. Wir können nicht ein Ministerium abschaffen,

selbst wenn wir der Meinung wären, dass es den Interessen der Royalität widerspricht, denn die Minister steigen ja gar nicht in die Arena hinab. Vergeblich geben wir sie der Ächtung der Öffentlichkeit preis, widersprechen ihren Gesetzen und ihren Vorlagen; sie behalten ihren Posten. Der derzeitige Minister, der gezwungen ist, wichtige Finanz- und weitere Gesetze entweder gänzlich zu verwerfen oder in Teilen abzuändern, hätte in England oder in Frankreich mehr als einmal zurücktreten müssen. Hier hingegen wird ein Meinungsbildner seitens des Ministeriums in eine der Kammern geschickt, schämt sich ein wenig für sich selbst und das Ministerium, aber weder er selbst noch seine Auftraggeber denken daran, zurückzutreten; sie schütteln die Vorwürfe, mit denen sie konfrontiert wurden, einfach ab, vergessen sie und: bleiben, wo sie sind. Um eine starke und entschiedene Opposition auszuüben, fehlt uns der Stachel, der erforderlich wäre, um eine Verwaltung abzuschaffen, die wir als schädlich erachten. Die erste Kammer wird hier immer stark und einig auftreten, sobald

das Ministerium von der gleichen politischen Couleur wie sie ist: Überall, aber hier besonders, ist die wahre Haltung des Adels, mit der Regierung im Gleichschritt zu gehen; er befindet sich auf einem falschen Weg, wenn er in Opposition ist. Dann verläuft er sich, verliert an Charakter, widerspricht bisweilen, gibt meistens nach und laviert sich durch dieses Wohl und Übel, die sich für ihn wie eine Krankheit darstellen, bis dass ein Wechsel im Ministerium und im System zu einer Vereinbarung zwischen den Ansichten des Adels und der Regierung kommt. Die Opposition gegen eine zweite demokratische Kammer kostet den Adel niemals etwas, wenn er sich durch das Ministerium gedeckt fühlt. Es ist geradezu kaum vorstellbar, dass der Herr Minister von Ompteda sagen konnte, die erste Kammer leiste der zweiten nicht ausreichend Widerstand, wo doch die sogenannten liberalen Argumentationen aus dem Ministerium selbst kommen und es sich hier um nichts weniger als um eine Opposition gegen die Regierung handelt

und gegen die zweite Kammer insgesamt, wie es die erste Kammer fordert. Diese Situation ist für die englischen Pairs bereits sehr schwierig, umso schwieriger ist sie notwendigerweise für den hiesigen Adel. Ich gehe mit denen ins Gericht, die auf ihren Grundbesitzen sitzen und trotzig abwarten, nie zu den Ständeversammlungen gehen und doch zu den größten Grundbesitzern gehören, die diese Rolle spielen: Gut unterrichtete Edelleute in zivilen Berufen, alle mit (ein? AdÜ) wenig Vermögen ausgestattet, Unterstützer der Kammer. Ebenso ist es auch richtig, dass das Ministerium politisch schlecht beraten wäre, wenn es sich durch Verwendung liberaler Argumente beliebt machen wollte oder dem Willen der zweiten Kammer nachgäbe in der stillen Hoffnung, dass die erste Kammer dann alleine sowohl die Empfehlungen der Regierung als auch die der anderen Kammer ablehnen wird (nächster Halbsatz unverständlich, bruchstückhaft etwa: dieser höhere Anteil als die Nation, aber wenig zahlreich, AdÜ).

Sie ist fähig, sehr wirkungsvoll die Regierung zu unterstützen und mit ihr gemeinsam die populistischen Tendenzen zu bekämpfen; sie ist aber nicht in der Lage, langfristig gegen das Volk und die Regierung zu kämpfen. Was wäre das überhaupt für ein Verhalten seitens eines Ministeriums, wenn es heuchlerische Empfehlungen abgibt, um die zweite Kammer zu täuschen und den Adel zwänge, sich seinem König zu widersetzen, angeblich im Interesse des Königs nach dem heimlichen Wunsch seiner Minister? Solange dieses falsche Spiel gespielt wird, was in der Tat derzeit geschieht, hoffe ich, dass die erste Kammer - die Mehrheit - weiterhin Widerstand leistet. Bei etwa 30 anwesenden Mitgliedern muss mit folgenden Gegenstimmen gerechnet werden: drei protestantische Kirchenvertreter, die nichts von weltlichen Dingen verstehen und Herrn von Falke derart ergeben sind, dass sie zusammen mit dem (zwar, AdÜ) unabhängigeren katholischen Bischof sein schwarzes Vierergespann genannt werden: Der Kutscher, Herr von Falke selbst, sein Freund, der Landdrost Meyer,

Herr Wehner, gegen den wir protestieren und einige andere gewonnene Stimmen, unsichere, aufgrund ihres Charakters oder ihrer Unkenntnis wankelmütige Gestalten. Das Ergebnis ist also nicht immer verlässlich. Wir arbeiten derzeit an der Gestalt der künftigen Provinziallandschaften. Ihre Königliche Hoheit dürfte sich an diese Angelegenheit erinnern, hatte ich mir doch erlaubt, Ihrer Majestät dieses Projekt vorzustellen. Ich habe jeweils ein Exposé den drei Ministern von Alten, Stralenheim und Schulte vorgelegt, erneut geschrieben und mit letzterem gesprochen, aber die Antwort, die er mir vor einigen Tagen gab, hat mich erneut überzeugt, dass er schwach geworden ist (céder, AdÜ). Es ist die Rede von einem neuen Organgesetz, bei dem man sich hilfsweise der Interpretation des alten Gesetzes bedienen kann, man hat aber nicht den Mut, ein Prinzip zur Geltung kommen zu lassen, das an die Essenz der Monarchie selbst rührt, wonach nämlich der Adel einen eigenen legislativen Korpus mit eigenem Sitzungsrecht zu bilden hat, wie Blacstone,

Montesquieu und andere es so eindeutig darstellen. Das ausschließlich materielle Interesse an einem Grundstück, erst recht an einem kleinen Grundstück von nur 600 Ecus Ertrag reicht nicht; hinzugezählt werden muss auch der immaterielle Nutzen, der sich aus der Geisteshaltung des Eigentümers ergibt. Unsere Vorfahren mit ihrem natürlichen Instinkt (*bon sens naturel*, AdÜ) als Ergebnis ihrer gesunden und robusten, durch politische Sophistereien noch nicht korrumpierten Konstitution, hatten immer ein sicheres Urteilsvermögen. Sie verbanden nämlich den materiellen, gesicherten Wert von Grundbesitz mit einem Korpsgeist, der nicht von weiteren materiellen Zielsetzungen geprägt war und durch das Wohlwollen des Königs lebendig blieb. Nach den alten Parforcegesetzen galt: Ein Edelmann kann am Morgen seinen Pflug in Betrieb nehmen und am Abend nach dem Dîner aufsatteln. Dieser Edelmann hätte aber nie gewagt, Handel zu treiben, schon gar nicht im großen Stil oder sich gar in ein Geschäft zu begeben, Waage in der einen, die Waffe in der anderen Hand. In der Normandie gab es folgende Sitte:

Fiel ein Edelmann in Vermögenslosigkeit und bemühte er sich im Folgenden, durch Handel sein Vermögen wieder aufzubauen, legte er sein Schwert ab und verwahrte es im Rittersaal seines Adelshauses. War er wieder zu Wohlstand gekommen, durfte er sein Schwert wieder an sich nehmen. So wurde in alten Zeiten Wohlstand mit einem royalistischen Korpsgeist verbunden. Dieser Geist war ein derart die Tradition bewahrender Faktor, dass er lange Zeit den populistischen Bewegungen standhielt. Während wir unsererseits gar nicht mehr wagen, Verhaltenskodizes aufzustellen, sagen uns die Liberalen in aller Öffentlichkeit, was ihnen ihre Leidenschaft diktiert (unleserlich; sinngemäß wohlmöglich: und sind sich ihres destruktiven Charakters gar nicht bewusst, AdÜ). Angesichts einer derartigen Geisteshaltung innerhalb einer Regierung, scheint es unmöglich zu sein, den Adel nicht ins Wanken geraten zu lassen. Wenn dann im Folgenden aufgrund der Schwäche der Minister die Tür zur ersten Kammer jedem nicht adeligen Eigentümer eines kleinen Grundbesitzes offen steht und wenn dann dieser Zustand von Dauer sein wird, dann glaube ich, ist die erste Kammer verloren.

Der Adel wird hier nicht mehr in der Mehrheit sein. Selbst wenn er sie rein nominell noch erreichte, würde die Kraft seiner Geisteshaltung verlorengehen: er wird nicht mehr die Gunst der Meinungsführer kompromittieren wollen und die der (unverständlich, wohlmöglich Armeeingehörigen, AdÜ). Er wird in einer Art Auflösungsprozess mit dem Volk verschmelzen und ein Werkzeug dessen Unternehmungen werden. Ich würde dies anders sehen, wenn dies heute geschähe und ein künftiger Souverän die demokratischen Errungenschaften wieder annullierte und die Monarchie wieder auf ihre eigentlichen Grundlagen stellte. Ich werde nicht versäumen, Ihrer Königlichen Hoheit Bericht zu erstatten über die Geschehnisse rund um die angesprochene Organisation der Provinzialstände, für die man hier Ausschüsse für jeweils eine Provinz einberufen will, so dass ich nur in der für Osnabrück zuständigen Kommission sitzen werde, in die ich gewählt wurde. Wenn ich es wage, meine ehrliche Meinung hier kundzutun, so muss ich sagen, dass

in Deutschland ganz allgemein ein König mit einem Ministerium, das sich dem Liberalismus verschrieben hat, gar nicht im royalistischen Sinn regieren kann, so wie es Ihre Königliche Hoheit beabsichtigt. In England kann sich möglicherweise ein König für einen gewissen Zeitraum mit einem solchen Ministerium abfinden, um die Stimmen des Unterhauses zu gewinnen, und dann ruhig abwarten, bis sich Widerstand erhebt (Rest des Satzes unverständlich). In Deutschland ist dies nicht durchführbar, da hier die ersten Kammern mit weniger Macht ausgestattet sind, um sich dem Ministerium zu widersetzen. (Halbsatz unleserlich, AdÜ). Die einzige Politik, die ein König des Königreiches Hannover verfolgen kann, ist also wohl die, ein Ministerium zu schaffen, das dem System wohl gesonnen und königstreu und so organisiert ist, dass

die Minister und nicht die Subalternen die bestimmenden Mächte sind, die der Politik, die man verfolgen will, den Schwung geben. Schlägt das Ministerium diesen royalistischen und konservativen Weg ein, wird der König immer die erste Kammer an seiner Seite finden. Die zweite Kammer wird dann folgen müssen. Für den Fall jedoch, sich (der Unterstützung, AdÜ) eines solchen Ministeriums vergewissern zu wollen, ist es nach meiner innersten Überzeugung von absoluter Notwendigkeit, dass die einflussreichen Posten innerhalb des Ministeriums an Adelige vergeben werden; die modernen Erneuerungsgedanken sind übrigens derart verbreitet, dass man fast niemals über die wahren Absichten eines Menschen sicher sein kann. Es gibt sogar Adelige, denen man misstrauen sollte; im Allgemeinen hängen diese aber dem monarchischen und aristokratischen Gedanken an, wenn sie sehen, dass der Fürst sich nicht zugunsten der Erneuerer ausspricht, und ihnen nicht schmeichelt, sondern fast

überwiegend mit ihnen in Verbindung tritt. Denn mit all diesen Schmeicheleien ist diese Partie (oder auch Partei, AdÜ) noch nicht gewonnen. Einer der Gründe ist die Eitelkeit, die tradierte Vorrechte weder seitens der Fürsten noch des gesamten Adels zulässt und entschuldigt (sinngemäß, AdÜ). Wir haben den Fürsten erläutert: Räumt man die Motive, die zu Neid Anlass geben können, aus dem Weg, indem man den Adel mit den anderen Klassen auf eine Stufe stellt, würden (zwar) alle Vorhaben und das Wohlwollen des Hofes garantiert und das monarchistische Prinzip aufrechterhalten; es wäre auch ein Mittel der Verführungskunst nach dem Muster des Übersetzers und Bewunderers Machiavellis, des Herrn Rehberg, der im Ministerium des Herrn Bremer arbeitet und weiteren. Wir haben aber festgestellt, dass das Gegenteil der Fall war. Der Neid ist nicht geringer geworden, sondern hat sich verstärkt, die monarchistischen Grundsätze sind in rüdester Weise angegriffen worden. Und die Angriffe gegen Gesetze und Verfassung rühren eindeutig daher, dass die Liberalen auf die wichtigsten Posten kamen, ebenso wie die Tatsache, dass so viele Minister und Edelleute schwach geworden sind und sich von Ihrem Souverän verlassen gefühlt haben.

Ich mag mich irren, Euer Gnaden, aber so sehe ich die Dinge, und obwohl ich mich oft selbst gefragt habe, ob ich auch so dächte, wenn ich nicht dem Adel angehörte, konnte ich nie zu einer anderen Meinung als dieser gelangen.

Wenn mir meine Position missfallen hätte, was ich bezweifle, und ich mich in eine unabhängige Situation in eine der schlechtesten Republiken mit einigen Hunderten Despoten hätte begeben müssen, so wäre ich doch bei der Meinung geblieben, dass diese Haltung für eine Monarchie immer erforderlich und unerlässlich ist (sinngemäß, AdÜ).

Es besteht bislang weder im Ministerium noch in der Armee die Absicht, das Kavallerieverpflegungs-Gesetz (deutsch zitiert, AdÜ) zu ändern. Es wird mit den Ständen darüber zu sprechen sein, denn es wird ab 1837 eine endgültige Fassung erhalten müssen, nachdem manches provisorischen Charakter hat.

Dies wird aber rein formellen Charakter haben, wenn man, wie ich hoffe, nichts ändern will. Die Soldaten der Kavallerie sind mit der derzeitigen Handhabung zufrieden, die Bauern, die großzügig abgefunden wurden, haben profitiert. Die erste Kammer, in der einige Militärs sitzen, wird keinerlei Gründe haben, eine Änderung herbeiführen zu wollen. Bei den Bauern sehe ich nichts, was sie veranlassen könnte, eine Änderung herbeiführen zu wollen. Ein Teil der zweiten Kammer hat sich aus eigenem Interesse für eine Kasernierung (der Kavallerie, AdÜ) in den Städten ausgesprochen; das genau hat aber die erste Kammer zu verhindern, es sei denn, dass unter militärischen Gesichtspunkten eine Kasernierung sinnvoll erscheint, was aber bislang noch nie festgestellt wurde. Sollte mir Ihre Königliche Hoheit gütigst Ihren Standpunkt noch vor der Sitzung der Ständevertretung kundtun, könnte ich damit in den Erörterungen argumentieren. Ich bin auch in der Lage, Ihrer Königlichen Hoheit die von Ihr erwünschten Auskünfte zukommen zu lassen, da ich diese Angelegenheit nicht nur auf Ebene der Stände

verfolgen kann. 1818 war ich bereits für den Regierungsbezirk Osnabrück Mitglied einer Kommission und beratend tätig, um diese Regelung in der Provinz Osnabrück umzusetzen, mit der die Militärangehörigen sehr zufrieden waren, was dazu führte, dass sie nun als Modell für die derzeitige Situation gilt.

Die Vögte sind ein wenig schlechter gestellt als zuvor, was sich möglicherweise auf diesen Bereich der Beamten auswirken kann. Die aktuellen politischen Ideen existierten jedoch früher noch nicht, die Bauern waren als Meyer von den Domainenverwaltern abhängig. Dies alles hat sich insgesamt mit dem allgemein verbreiteten Zeitgeist geändert, ebenso durch die Einführung des Ablösungsgesetzes. Die Situation der Vögte gegenüber der Regierung und gegenüber dem Volk wäre eine andere, wären sie noch die Großbauern, die sich am Vermögen des Königs bereichern. Da andererseits der Finanzbedarf

gestiegen ist (... unverständlich, AdÜ), was nach einem Jahrhundert relativer Dunkelheit nunmehr in seinem wahren Licht erscheint, wie ich es Ihrer Königlichen Hoheit in meinem letzten Schreiben darlegen durfte, war es kaum möglich, auf das höhere, aus den Domainen erwirtschaftete Einkommen zu verzichten. Ein großer Nachteil dieses Verwaltungssektors ist, dass die jungen Beamten für 12 bis 15 Jahre (? Gem. vielleicht Monate? AdÜ) ohne Vergütung bleiben, während sie aber doch diejenigen sind, die die ganze Arbeit leisten. Die alten Amtmänner (deutsch zitiert, AdÜ)..... (unleserlich, AdÜ) höchst selten und tun wenig. Die derzeitige Regelung, die bei der Erhöhung der Gehälter ausschließlich die Person, nicht die Position in Betracht zieht, scheint nicht gut zu sein, denn die Folge ist, dass häufig die alten und bewährten Vögte ihre kleinen, kommoden Posten nicht aufgeben wollen; oder sie haben sich beispielsweise ein Haus gekauft oder ein Stück Land (Garten, AdÜ) gekauft, so dass die jüngeren und schlecht bezahlten Beamten die großen Pächtereien besetzen. Die Regelung dieser Ämter (deutsch zitiert, AdÜ) ist eine der schwierigsten Fragen.

Mit dem größten Respekt verbleibe ich, Euer Gnaden,
Königliche Hoheit,
ihr sehr ergebener und sehr treuer Diener
Schele

Hannover, 22. Oktober 1836